

# **Interpellation von Pfr. J. Bösch und Mitunterzeichner(inne)n zur Konzernverantwortungsinitiative**

## **Antwort des Kirchenrates**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Der Zeitpunkt, an dem der Kirchenrat die vorliegende Interpellation zu beantworten hat, liegt denkbar ungünstig: Am 26. Sept. 2019 hat der Ständerat entschieden, die Frage eines Gegenvorschlags erst in der nächsten Session zu behandeln. Es ist darum zum jetzigen Zeitpunkt völlig unsicher, ob die Initiative überhaupt zur Abstimmung gelangt oder (aufgrund eines Gegenvorschlags) zurückgezogen wird. Und wie ein allfälliger Gegenvorschlag aussähe, weiss zurzeit ebenfalls niemand.

## **Der Rat des Schweiz. Evang. Kirchenbundes**

Kirchliche Stellungnahmen zu eidgenössischen Vorlagen sind in aller Regel zuerst einmal Sache des Kirchenbunds. Dieser hat sich am 2. September 2019 dazu wie folgt vernehmen lassen:

### ***Rat des Kirchenbundes unterstützt die Konzernverantwortungsinitiative***

*Ständerat kann mit einem griffigen Gegenentwurf Blockade lösen*

*Da bis heute keine politische Lösung in Sachen Konzernverantwortungsinitiative zustande gekommen ist, hat der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK beschlossen, die Konzernverantwortungsinitiative zu unterstützen. Der Rat des SEK appelliert an die Rechtskommission des Ständerates, an ihrer Sitzung vom 3. September einem griffigen Gegenentwurf zum Durchbruch zu verhelfen. Nur bei einem Gegenentwurf, der die wichtigsten Forderungen übernimmt, gelingt der Brückenschlag zwischen Parlament und Initianten.*

Die genannte Kommission des Ständerates hat sich am 4. September 2019 mit 8 zu 5 Stimmen für einen Gegenentwurf entschieden, der eine zivilrechtliche Haftung von Unternehmen vorsieht. Der Ständerat hat nun aber, wie oben erwähnt, diesen Vorschlag noch nicht diskutiert. Umstritten ist insbesondere, ob der Gegenvorschlag tatsächlich Haftungsregeln einführen soll oder nur die Pflicht zu Berichterstattung. Es ist anzunehmen, dass, falls der Gegenvorschlag keine Haftungsregeln vorsieht, die Initiative nicht zurückgezogen wird.

Der Rat des SEK argumentiert in seinem Schreiben, ganz grundsätzlich, wie folgt:

*Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen. Deshalb wird der Kirchenbund immer seine Stimme erheben, um die Schweiz an ihre Verantwortung für die Menschen im globalen Süden zu erinnern.*

## **Der Thurgauer Kirchenrat**

Der Evang. Kirchenrat des Kantons Thurgau teilt die Sichtweise des Rates SEK. Und obwohl es sich um eine eidgenössische Vorlage handelt, ist die Thurgauer Landeskirche in dieser

Sache nicht untätig geblieben. Die Kommission Entwicklungszusammenarbeit hat bereits auf 28. Februar 2018 zu einer kontradiktorischen Veranstaltung nach Frauenfeld eingeladen. Das Podium war prominent besetzt: Jeanne Pestalozzi, Präsidentin Brot-für-alle (pro), Florian Wettstein, Professor für Wirtschaftsethik (pro), Walter Schönholzer, Regierungsrat (contra) und Denise Laufer, Swissholdings (contra). An diesem mit knapp 100 Teilnehmer(inne)n gut besuchten Anlass kamen praktisch alle Argumente, die seither immer wieder diskutiert werden, schon zur Sprache. Neben den vielen Argumenten, die für die Initiative sprechen, stand insbesondere die Frage im Raum, ob bei Haftungsregeln, die für im Ausland tätige Tochter- und Zulieferfirmen von in der Schweiz ansässigen Unternehmen gelten, nicht eine Prozesslawine losgetreten wird, die nicht zielführend ist. So eindeutig ist es nicht, dass, wie der Interpellant schreibt, "Unternehmen, die nicht nur in ihrem Leitbild, sondern auch in der Realität seriös und verantwortungsbewusst handeln, nichts zu befürchten haben". Auch wenn davon auszugehen ist, dass Firmen, die seriös und verantwortungsvoll handeln, in einem Prozess, der gegen sie angestrengt wird, Recht bekämen – es wäre mit langen und aufwändigen Verfahren zu rechnen, bei denen es nicht immer leicht sein dürfte, die entscheidenden Entlastungsbeweise zu erbringen.

Gleichwohl teilt der Kirchenrat die Anliegen der Initianten und hofft auf praktikable Vorschläge, die geeignet sind, zu verhindern, dass sich Firmen mit Sitz in der Schweiz durch direkt oder indirekt verantwortete Geschäftspraktiken im Ausland bereichern – unter Inkaufnahme von groben Umweltschäden und Missachtung der Menschenrechte! Grundsätzlich gilt, dass bei Rechtsstreitigkeiten das Recht des jeweiligen Landes massgebend ist. Es ist nicht unproblematisch, wenn Schweizer Richter auf Basis des Schweizer Rechts Vorgänge in aller Welt beurteilen müssen. Aber es stimmt leider auch, dass "Rechtsstaatlichkeit und Rechtsschutz in vielen Ländern nicht annähernd so solid verankert sind, wie wir es gewohnt sind."

### **Antwort auf "die Frage an den Kirchenrat"**

Es ist dem Kirchenrat zurzeit nicht möglich, Massnahmen anzukündigen, die mit der Abstimmung zu tun haben; zu viele Fragen sind diesbezüglich noch offen. Zudem wird der Kirchenrat, wie er es auch bei andern Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene tut, kaum selbst eine Stellungnahme erarbeiten, sondern zu gegebener Zeit auf die Stellungnahme des Kirchenbunds verweisen.

Die Grundanliegen der Initiative können und sollen gleichwohl jetzt schon in den Kirchgemeinden diskutiert werden. Brot-für-alle und andere Organisationen tun das seit Längerem. Der Kirchenrat kann sich vorstellen, in der Kampagnenzeit von Brot-für-alle / Fastenopfer im Frühling 2020 das Thema wie schon 2018 nochmals aufzunehmen.

Frauenfeld, 2. Oktober 2019

EVANG. KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Der Präsident: Pfr. Wilfried Bühner

Der Aktuar: Ernst Ritzi